

ihm dafür zuzuweisender Ressourcen das BAMF die Länder bei der Feststellung der Staatenlosigkeit unterstützen kann.

26. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD)
- Plant die Bundesregierung ein Gesetz, mit der Bundeskanzler und die Bundesminister bei vorsätzlichem oder fahrlässigem Handeln zwecks Schadensersatzes in Regress genommen werden können?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Rita Schwarzelühr-Sutter
vom 4. August 2023**

Neue gesetzliche Regelungen im Sinne der Fragestellung sind nicht vorgesehen.

27. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung zur Bekämpfung des türkischen Rechtsextremismus („Ülkücü“-Bewegung), und wie groß ist der Anteil der Mittel aus dem sogenannten Kampf gegen Rechts, der explizit mit der Bekämpfung des türkischen Rechtsextremismus in Deutschland befasst (bitte Anteil in Prozent und Gesamtsumme der zur Verfügung gestellten Mittel aus dem Bundeshaushalt angeben)?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Rita Schwarzelühr-Sutter
vom 31. Juli 2023**

Rechtsextremistische türkische Organisationen mit Bezug ins Ausland sind stark nationalistisch geprägt. Bedeutsam ist hier vor allem die rechtsextremistische türkische „Ülkücü“-Bewegung, die in der Mitte des 20. Jahrhunderts in der Türkei entstanden ist. Der türkische Rechtsextremismus wird dem Bereich „auslandsbezogener Extremismus“ zugeordnet, zu dem der jährliche Verfassungsschutzbericht des Bundes ausführliche Informationen darstellt. Im Bereich des Polizeilichen Staatsschutzes ist der Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität -ausländische Ideologie- (PMK-AI) zugeordnet.

Die verschiedenen Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung des türkischen Rechtsextremismus in Deutschland wurden in den vergangenen Jahren verstärkt.

Soweit Aktivitäten der „Ülkücü“-Bewegung und/oder ihr zuzurechnender Personen hinsichtlich der Verhütung oder Verfolgung von Straftaten Relevanz entfalten, sind die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder im Rahmen ihrer gesetzlichen Zuständigkeiten tätig. Dem Erfordernis Rechnung tragend wird insbesondere ein intensiver Informationsaustausch auf nationaler sowie internationaler Ebene durchgeführt. Die nachrichtendienstliche Beobachtung der türkisch-rechtsextremistischen „Ülkücü“-Bewegung in Deutschland wurde in den vergangenen Jahren intensiviert. Die Sicherheitsbehörden des Bundes informieren Politik